

Weilburger Tageblatt.

(Anzeiger für Weilburg und Umgegend)

Landesblatt der Stadt Weilburg • In sämtlichen Bürgermeistereien des Oberlahnkreises gehalten

Bezugspreis: Erscheint an jedem Freitag und kostet abgeholt monatlich 1,80 M., bei unsern Abnehmern monatlich 2,00 M., vierteljährlich durch die Post ohne Bestellgeld 5,40 M.

Verantwortlicher Schriftleiter: Hugo Zipper, Weilburg.
Druck und Verlag: H. Zipper, Weilburg.
Telefon Nr. 24.

Inserate: die einspaltige Normalzeile 50 Hg., haben bei der großen Verbreitung des Blattes nachweislich den besten Erfolg. Inseraten-Aannahme: Kleinere Anzeigen bis 8 Uhr morgens, größere tag vorher.

Nr. 88.

Donnerstag, den 15. April 1920.

59. Jahrgang.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

— (Nationalversammlung, 12. April.) Nach Erlebung einer großen Zahl kleiner Anfragen beginnt die Besprechung der gestrigen Regierungserklärung. Abg. Payer (Dem.): Die Deutsche demokratische Fraktion kann sich mit den Ausführungen des Reichskanzlers im wesentlichen einverstanden erklären. Wir schließen uns, erfüllt von gerechter Empörung, seinem scharfen Protest gegen die Vergewaltigung des Maingaues durch die Franzosen an. Wir verstehen es, daß die Regierung, ehe sie die Reichswehr in das im Aufstand befindliche Ruhrgebiet einzuführen ließ, vorher alles versucht hat, um den blutigen Kampf Deutscher gegen Deutsche zu vermeiden. Wir sind aber durchaus damit einverstanden, daß sie, nachdem das militärische Eingreifen nicht zu vermeiden war, mit fester Hand zugegriffen hat. Wir sind mit dem Reichskanzler darin einverstanden, daß die Einrichtungen zum Schutze der Einwohner nach allen Richtungen den Bestimmungen des Friedensvertrages anzupassen sind. Wir begrüßen schließlich die Entscheidung, mit der der Reichskanzler das Eingreifen einer jeden Art von Nebenregierung zurückgewiesen hat. — Abg. Hué (Soz.): Auch meine Fraktion kann sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden erklären. Es entspricht durchaus dem Empfinden des Volkes, immer wieder zu sagen, daß an dem ganzen Elend, das über uns gekommen ist, Kapp und seine Genossen die Schuld tragen. Vor dem Putsch standen wir in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Auf das Frühlingshoffen, das durch die arme gequälte Seele des deutschen Volkes ging, brach wie ein Hagelschlag das Unternehmen Kapps. Wir müssen Protest dagegen erheben, als ob es sich im Ruhrgebiet nur um eine bolschewistische und spartakistische Bewegung gehandelt hätte. Es ist nicht zu bestreiten, daß wir jedenfalls gar keinen Waffengang gehabt hätten, wenn von Anfang an die militärischen Führer sich unzweideutig auf den Boden der Reichsverfassung gestellt hätten. Auch die bewußt irreführende Berichterstattung des Volkschen Telegraphen-Bureaus trägt an der Verwirrung des Volkes eine große Verantwortung. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Einmarsch der Reichswehrtruppen notwendig war; denn selbst Vertreter der unabhängigen und kommunistischen Partei haben ihn gefordert, um dem Treiben des Rangkündels Einhalt zu gebieten. Die Rede des Reichskanzlers ließ eine klare Mitteilung darüber vermissen, in welcher Weise die Regierung die Kappisten zur Rechenschaft ziehen will. Es wird von weiten Teilen des Volkes nicht verstanden werden, daß die geistigen Urheber dieser verbrecherischen Tat nicht schneller zur Verantwortung gezogen werden. Die Arbeiterschaft im

Westen steht treu zur Reichseinheit. Die Gewerkschaften stehen und fallen mit der Demokratie. Es kann keine Rede davon sein, daß sie eine Nebenregierung aufzurichten wollen. Die Gewerkschaften haben aber das Recht, daß ihre Vorschläge und Forderungen, wenn sie sich im Rahmen des Durchführbaren halten, in entsprechendem Maße berücksichtigt werden. — Abg. Trimborn (Z): Der scharfe Verurteilung des französischen Gewaltstreiches durch den Reichskanzler schließen wir uns an. Die Revolte im Ruhrgebiet war von langer Hand vorbereitet, aber der Kapp-Putsch hat das Signal zum Loschlagen gegeben. Zivilbehörde und Militärbehörde haben bei der Bekämpfung der Unruhen nicht Hand in Hand gearbeitet. Breite Kreise meiner weislichen Parteifreunde sind mit den Maßnahmen Seiner Majestät einverstanden. Er hat sich zu sehr von sozialdemokratischen Gesichtspunkten leiten lassen. Seine Zivilkommissare sind alle Sozialdemokraten gewesen. Für den Optimismus gegenüber der linksrevolutionären Bewegung haben wir kein Verständnis. Unser Ziel muß sein, die staatliche Autorität nach allen Seiten und in vollem Umfange wieder herzustellen. Die Waffenslieferung muß energisch betrieben werden. Wer sie verweigert, für den ist keine Strafe zu schwer. Hier hilft nur die Androhung der Todesstrafe. Gewiß, gegen rechts soll scharf vorgegangen werden, aber ebenso gegen links. Der größte Fehler wäre es, schrankenlos das Begnadigungsrecht wälzen zu lassen. Nur durch Gerechtigkeit nach allen Seiten reiten wir die Autorität des Staates und unser Volk. Ebenso müssen Ausrichtungen der Reichswehr streng gehandhabt werden. Ich will die Koalition stärken dadurch, daß ich auch auf Fehler aufmerksam mache. Es besteht die Gefahr, daß der Sozialdemokratismus eine privilegierte Stellung im Staate eingeräumt wird. In dieser Richtung bewegt sich der Vorstoß der Gewerkschaften. Der Reichskanzler hält ihn für harmlos. Wir erblicken in dem Vorgehen das Bestreben auf Einsinken einer Nebenregierung. — Reichskanzler Hermann Müller: Wir geben zu, daß die Kommunisten von langer Hand die Unruhen vorbereitet haben. Die Unruhen wären aber nicht zum Ausbruch gekommen, wenn nicht das Volk durch den Kapp-Putsch in Aufregung versetzt und radikalisiert worden wäre. Wenn ich die Gefahr von links auch richtig einschätze, kann ich doch nicht zugeben, daß die Gefahr von rechts beseitigt ist. Wenden Sie nach Pomern und Schlesien, wo jeden Tag sich die Flamme neu entzündet kann. Mit unserem Vorgehen im Ruhrgebiet haben wir keinen Augenblick gezögert, als wir wußten, daß die gesamte Bevölkerung des Reichs mit uns darüber einig war. Ob in einem Bezirk eine militärische Aktion nötig ist, unterliegt jetzt der Entscheidung des Zivilkommissars. Das ist vom Standpunkt eines demokratisch regierten Landes nur recht und billig. Nun sind uns die Ver-

handlungen mit den Gewerkschaften verübelt worden. Ich habe schon betont, daß eine Nebenregierung mit dem demokratischen Prinzip nicht vereinbar ist. Die Gewerkschaften haben nur gebeten, von uns empfangen zu werden, und das ist geschehen. Wir haben ihre Forderungen in aller Ruhe durchgesprochen. Den Wunsch Trimborns, gegen bewaffnete Banden, die sich über die Ruhr vorgeschoben haben, militärisch vorzugehen, können wir nicht Folge leisten. Wir dürfen bei allen diesen Aktionen nicht die Nervosität vergessen, die infolge der langen Hungersnot nun einmal in unserm Volke herrscht. Wir müssen mit dieser Mentalität des Volkes rechnen. — Abg. Sartmann (D. Nat.): Auch wir wenden uns mit aller Schärfe gegen das Vorgehen der Franzosen. Aber wir bedauern, daß aus diesem Anlaß sich nicht alle Parteien zusammengefunden haben. Der Reichskanzler macht uns verantwortlich für den Kapp-Putsch. Auch der Präsident der Nationalversammlung hat in Stuttgart festgestellt, daß sämtliche Parteien den Kapp-Putsch verurteilen. Aber der Reichskanzler mußte auf die die Deutsch-Nationalen loschlagen, um von der bolschewistischen Gefahr abzulenken. Der Generalstreik war ein Wahnsinn, der die Brandfackel in das Vaterland geschleudert hat. In Wahrheit regieren die Gewerkschaften, nicht die Regierung. Reichswehrminister Dr. Gessler: Die Meldungen rechtsparteilicher Blätter über die Streikbewegung bayrischer Truppen im Ruhrgebiet habe ich schon in der Presse als glatten Schwindel bezeichnet. Aber tatsächlich geht man mit dieser frechen Lüge in Süddeutschland hausieren und bricht mit ihr gegen die Reichsregierung, um die partikularistischen Instinkte aufzuwecken und die Reichseinheit zu sprengen. Justizminister Dr. Blum: Es ist vollkommen unbegründet, der Regierung vorzuerwerfen, daß sie gegen die Kappischen Hochverräter nicht mit der nötigen Energie eingeschritten sei. Es ist alles geschehen, was in unserer Hand steht. Ich habe auch gegen alle Anstifter oder Führer des hochverräterischen Unternehmens im Ruhrgebiet das Verfahren angeordnet. Das Verfahren wird mit aller Energie durchgeführt werden. Rechner beschäftigt sich dann mit der Haltung der Deutsch-Nationalen anlässlich des Kapp-Putsches, wobei es zu rätselhaften Szenen kam. Den Rechtsparteien ist acht Tage vorher von dem beabsichtigten Schritte Mitteilung gemacht worden, aber sie haben nichts getan, die Regierung davon zu unterrichten, daß der höchste militärische Befehlshaber sich mit solchen Gedankenspielen befaßt. Die Reichsregierung kann nur mit den Parteien zusammenarbeiten, die sich auf dem Boden der Verfassung stellen. — Abg. Most (D. Ap.): Der Reichsminister macht durch die Art seiner Ausführungen ein Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien fast für alle Zukunft unmöglich. Der Generalstreik hat erst den Boden für die Expresserpolitik der letzten Wochen geschaffen. Schwerer als der General-

Im Dunkel.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Rechtlich verboten.)

1. Kapitel.

Als goldrot glühende Riesenscheibe stand die Sonne über dem Rande der schmalen Wolkendecke, die den westlichen Horizont umsummte, und wie ein breiter, zuckender Flammenstreifen lag der Widerschein des untergehenden Tagesgestirns auf der ungeheuren, wenig bewegten Wasserfläche. Das Himmelsgewölbe war von durchsichtiger Klarheit, und nur hoch droben im Zenit schwammen noch ein paar winzige, rosarote Wölkchen. Es war der majestätische Abschied einer in strahlender Schönheit stehenden Herrscherin, den die Passagiere der „Hofatia“ da voll trunkenen Entzückens hätten genießen dürfen, wenn — nun, wenn sie es nicht vorgezogen hätten, zu eben dieser Zeit in den Speisefälen der ersten und zweiten Kajüte zu sitzen und sich an der robusten Schönheit einer wohlbestellten Tafel zu erfreuen.

Die lässig in einem Liegestuhl ruhende junge Dame, die schon seit einer Viertelstunde den leuchtenden Blick nicht mehr von dem feurigen Sonnenball abgewendet hatte, schien in der Tat das einzige lebende Wesen auf dem langgestreckten Promenadenende. Sie mochte etwa zwei- undzwanzig Jahre alt sein, und trotz ihres fast auffallend einfachen Reisekleides erschien sie ebenso vornehm als sie hübsch und anmutig war. Auch die kleine, selbstbewußte, beinahe herrliche Linie an den Rundwinkeln vermochte ihrer jugendlichen Schönheit wenig oder gar keinen Eintrag zu tun; denn das innige Entzücken, das sich in den dunklen Augen spiegelte, ließ deutlich genug erkennen, wieviel warmes Empfinden sich hinter diesem stolzen, regelmäßigen Lächeln verbarg.

Sie hatte offenbar auf die Hauptmahlzeit verzichtet, nur um sich in ungestörter Einsamkeit dem Genuß des erhabenen Naturschauspiels hinzugeben, und es war darum

wagt zu vertagen, weshalb ein leichter Schatten des Mißvergnügens über ihr Gesicht hinglitt, als der Klang eines rasch näherkommenden Schrittes ihr Ohr erreichte. Sie wandte den Kopf nicht, wie um sich durch ihre scheinbare Verunsicherung gegen eine lästige Anrede zu schützen; aber als diese Anrede nun doch erfolgte, blühte sie mit plötzlich verändertem Gesichtsausdruck zu dem Sprechenden, einem hochgewachsenen und stattlichen Manne von vielleicht dreißig und einigen Jahren, auf.

„Ein köstlicher Sonnenuntergang — nicht wahr, Fräulein Bräunig?“ hatte er mit tiefer, wohlklingender Stimme gefragt. Und lebhaft, ohne jeden Beifang von Unmut über die Störung, kam ihre Antwort:

„Der herrlichste, den ich je gesehen habe. Sollte man es für möglich halten, Herr von Legow, daß wir beide die einzigen auf dem ganzen Schiffe sind, die ihm vor Braten und Pudding den Vorzug geben?“

Er lächelte und lehnte sich mit verschränkten Armen neben ihrem Stuhl an die Reeling.

„Unsere verehrten Reisegenossen sind wahrscheinlich der Ansicht, daß sich ein veräurter Sonnenuntergang leichter nachholen läßt als eine veräurte Mahlzeit. Und ich für meine Person bin ihnen darum gewiß nicht böse. Ein Schauspiel gleich diesem kann man in all seiner wunderbaren Schönheit nur allein genießen — oder zu zweien.“

Er hatte einen ganz eigenen Klang in die letzten drei Worte gelegt, und das Ohr der jungen Dame mußte sehr fein sein, denn für einen Moment war ein höheres Rot in ihren Wangen aufgestiegen und sie hatte mit rascher Bewegung den Kopf gewendet. Ein paar Sekunden lang blieb es still zwischen ihnen, dann, indem er sich ein wenig gegen sie vorgelegte, sprach Herr von Legow weiter: „Wir werden uns nach dem heutigen Abend höchstens noch ein einziges Mal an solchem Schauspiel erfreuen dürfen, Fräulein Bräunig! Uebermorgen schon läuft die „Hofatia“ in den Neuporter Hafen ein, und dann wird diese zauberhafte Reise hinter uns liegen wie ein schöner, doch leider nur allzu kurzer Traum.“

Die Angeredete hatte ihre kleine Verwirrung schon wieder bemeistert, und nun spielte statt der herrlichen

winne von vorhin ein allerliebster, schelmischer Zug um ihre Lippen.

„Sind Sie denn so sicher, daß diese Ueberfahrt nach Amerika auch für mich einen — wie sagten Sie doch? — einen zauberhaft schönen Traum bedeutet?“

„Nein. Sie haben recht: für solche Gewißheit fehlt mir allerdings jeder greifbare Anhalt. Und ich wollte auch eigentlich nur von mir selbst sprechen. Sie, mein Fräulein, sehen ja wahrscheinlich dem Ende der Reise mit ebensoviel Ungeduld entgegen, als ich es mit schmerzlichem Bedauern kommen sehe.“

„Ja, ich leugne nicht, daß ich mich wie ein Kind auf den Augenblick der Landung freue. Wenn man auf der ganzen weiten Welt keinen Menschen hat als einen geliebten Bruder, muß man doch wohl glücklich sein, ihn nach zweijähriger Trennung endlich wiederzusehen.“

„Gewiß! Wenn ich mir auch keine Freude noch viel lebhafter vorstellen kann als die Ihrige. — Ihr Herr Bruder praktiziert als Arzt in Neuport?“

„Es ist seine Absicht, sich dort niederzulassen. Bis zu seiner Verheiratung, die erst vor kaum vier Wochen erfolgt ist, übte er seinen ärztlichen Beruf in Saint Louis aus. Aber es hat ihm dort, wie er mir schrieb, nicht so recht gefallen, und er hofft überdies auf eine erfolgreichere Laufbahn in der Millionenstadt.“

Der lebenswürdige Ton, in dem sie die Fragen ihres Reisefährten beantwortete, ließ sich gewiß nicht als ein Zeichen deuten, daß seine Gesellschaft ihr Mißvergnügen bereite. Nur seinem Blick wich sie geflüstert aus, seitdem sie bemerkt hatte, mit wie sonderbar warmem Ausdruck seine klugen blauen Augen heute auf ihr ruhten.

„Lassen Sie mich von Herzen wünschen, daß diese Erwartung ihn nicht täuschen möge,“ sagte Herr von Legow mit einem Ernst, der sie überlächelte. „Jedenfalls wird er sich dort, wo ungezählte Tausende mit allen erdenklichen guten und schlechten Mitteln um ihre Existenz ringen, auf einen harten Kampf gefaßt machen müssen. Ein tüchtiger Mann freilich schlägt sich am Ende schon durch. Und der erbarmungslose Kampf, der die Kräfte stählt, kann für ihn vielleicht sogar einen eigenen Reiz gewinnen. Daß aber

Recht mag bei der Abwehr des Putzsches das ausgezeichnete Verhalten der Unterstaatssekretäre und der höheren Beamten. Der demokratischen Fraktion gebührt der traurige Ruhm, als erste bürgerliche Partei die Generalstreikparole auszugeben zu haben. — Justizminister Dr. v. L. u. m. d.: Schlichter ist nach den mir zugegangenen Nachrichten der Vertraute des Generaldirektors Rapp und gehörte als Vorstandsmitglied einem deutsch nationalen Vereine an. Das Haus verlegt die weitere Aussprache auf Mittwoch 1 Uhr.

Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung begann die Beratung des Entwurfes eines Reichswahlgesetzes. Reichsminister Koch schilderte die Schwierigkeiten, den Entwurf in seiner jetzigen Fassung noch durchzubringen. Besonders schwierig wurde die Wahlkreisfrage sein; es sei die Frage, ob man auf die Neueinrichtung der elastiischen Wahlkreise wegen der Kürze der Zeit und der dabei notwendigen Umbauorganisation der Parteien noch eingehen könne. Wahrscheinlich werde man die Kreise von der letzten Wahl im wesentlichen beibehalten müssen. Die Neuerung der Einführung des automatischen Systems (je 60 000 Stimmen ergeben einen Abgeordneten) sei hingegen leicht durchzuführen und wegen der Einfachheit und Popularität des Verfahrens sehr zu empfehlen. Zweifelhaft sei, ob die Einführung der Reichswahlkreise in der noch zur Verfügung stehenden Zeit durchzuführen ist. Sollte sie fallen, so würde eine andere Art der Verteilung der Reichstimmen nötig sein. Die schwierigste Frage sei die Regelung der Wahl in den Abstammungsgebieten. Der Minister schilderte diese Schwierigkeiten nach den verschiedenen Richtungen hin. In der Besprechung erkannte Abg. Dietrich (D. N.) die Haltlosigkeit der Situation in den Abstammungsgebieten an. Minister Koch erklärte, er habe immer vor der Ansetzung der Wahlen vor der Abstimmung in den strittigen Gebieten gewarnt; es habe sich dabei für die Regierung nie um etwas anderes als um die Vertretung nationaler Interessen gehandelt. In der weiteren Besprechung wurden gegen die Reichsliste von den Abg. Ragenstein (Soz.), Dr. Lütke (Dem.) und besonders Waldstein (Dem.) Bedenken geäußert. Insbesondere wurde der Beschränkung Ausdruck gegeben, daß die Anregung der Reichstimmen auf das ganze Reich zu einer großen Zersplitterung, ja zur Auflösung der politischen Parteien führen könne. Minister Koch suchte diese Bedenken zu zerstreuen, es sei gut, den Berufsinteressen, die sich jetzt bei den Parteien zur Geltung zu bringen suchten, ein Ventil zu öffnen und es ihnen zu ermöglichen, mit ein oder zwei Abgeordneten im Parlament zu erscheinen. Einem Vorschlag des Abgeordneten Ragenstein, das Emporkommen ganz kleiner Gruppen im Parlament durch bestimmte Routinen zu erschweren, brachte der Minister Interesse entgegen; dagegen wandte er sich gegen die Forderung desselben Redners, den Soldaten die Ausübung des Wahlrechts zu gestatten. Nach den Vorgängen der letzten Wochen könne es nicht als erwünscht betrachtet werden, wenn bei den Soldaten politische Propaganda gemacht werden müsse. Abg. Remkes (Dpp.) trat im Wesentlichen dem Minister bei und wünschte insbesondere die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreise, sowie die Einführung der Reichsliste.

Die Verhältnisse in Gotha haben es erforderlich erscheinen lassen, unter Verhängung des Ausnahmestandes nach Sachsen-Gotha einen Reichskommissar zu entsenden, der für die baldige Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge tragen soll. Bereits vor dem Rapp Putz hat die Regierung einen verfassungswidrigen und widerrechtlich zustande gekommenen Beschluß des Gothaer Landtages zur Durchführung gebracht und die wiederholte Verfügung des Reichsministers des Innern auf Unterlassung des verfassungswidrigen Vorgehens unbeachtet gelassen. Während des Rapp Putz hat sie ihre Pflicht vernachlässigt und insbesondere auch ihre hauptsächlichsten Befugnisse verfassungswidrig auf den Vollzugsrat übertragen. Ohne daß die Regierung eingeschritten wäre, wurde in Gotha außerdem Reichseigen-

tum im Werte von vielen Millionen zerstört. Die Abgeordneten aller Parteien, von der sozialdemokratischen bis zur deutschnationalen mit Ausnahme der Abgeordneten der Unabhängigen Partei, haben wegen Verletzung der Verfassung durch die Regierung in Gotha ihr Mandat niedergelegt. Eine ordnungsmäßige Tagung des Landtages ist nicht möglich. Die von der Regierung verweigerten Neuwahlen müssen vorgenommen werden. Aufgabe des Reichskommissars soll es vor allem sein, mit möglichster Beschleunigung die Neuwahlen zum Landtage herbeizuführen, damit eine verfassungsmäßige Regierung gebildet werden kann.

Die an den Berliner Vereinbarungen beteiligten gewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der die Vertreter der Afa den Antrag stellten, künftighin keine gemeinsame Veröffentlichungen mit politischen Parteien vorzunehmen. Die Vertreter der Afa begründeten diesen Antrag mit der verschiedenartigen parteipolitischen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaften und fanden bei den Beamten Unterstützung, deren Organisation sich schon vorher gegen die Mitunterzeichnung durch die sozialdemokratische Partei ausgesprochen hatte. Zum Schluß erklärte auch der Gewerkschaftsbund, der Anregung der Afa nicht widersprechen zu wollen, um die Zusammenarbeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufrecht zu erhalten. Am Abend fand eine gemeinsame Sitzung der Gewerkschaftsverbände mit den beiden sozialistischen Parteien statt, die ihre Bereitschaft erklärten, die Aktion der Verbände zum Schutze der Republik in jeder gewünschten Form unterstützen zu wollen. — Der „Vorwärts“ gibt vorstehende Darstellung des Sachverhaltes wieder, um der Behauptung entgegenzusetzen, daß sich die sozialistischen Parteien von der gemeinsamen Aktion mit den Gewerkschaftsverbänden zurückgezogen hätten.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, der eine Erhöhung der Schaumweinsteuer von 60 Wg auf 8 Wg für Schaumwein, das aus Fruchtwein ohne Zusatz von Traubenwein hergestellt ist, und von 3 auf 12 Wg auf anderen Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke vorstelt. Schaumwein, der sich außerhalb der Erzeugungsstellen befindet, sowie Wein im Besitze von Privateigentümern, die mehr als 10 Flaschen besitzen, unterliegen einer Nachbesteuerung. Durch die Erhöhung wird eine Steigerung des Steuerertrages von 22 auf 101 Millionen erwartet. Der Preis einer Flasche Schaumwein wird in der Veranschlagung des Gesetzes mit durchschnittlich 40 Mark angenommen.

Der Entwurf des Reichsversorgungsgesetzes im Reichsarbeitsministerium ist fertiggestellt und dem Reichsrat zugegangen. Der Gesetzentwurf, der mit den Verbänden der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen eingehend besprochen worden ist, will in erster Linie die Versorgung der Teilnehmer am Weltkriege und ihrer Hinterbliebenen nach einheitlichen Grundsätzen neu regeln. Die Mängel der früheren Versorgungsgesetzgebung zwingen zu einer grundsätzlichen Neugestaltung. Die Berücksichtigung des militärischen Dienstgrades bei Bemessung der Versorgungsgebühren, die unterschiedliche Bewertung der Dienstbeschädigung und der Kriegsdienstbeschädigung, der Unterschied zwischen allgemeiner Versorgung und Kriegsversorgung der Hinterbliebenen hat zahlreiche Mängel geschaffen. Sie sind deshalb fortgefallen. Die Höhe der Versorgungsgebühren richtet sich nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit; bei schwerer Beschädigung ist ein progressives Aufsteigen der Rente vorgesehen. Die Verschiedenheit der vor dem Militärdienst ausgeübten Berufe wird durch eine Ausgleichszulage berücksichtigt, ferner sind Kinderzulagen für teure Orte, Ortszulagen, ein Sterbezeld und wie bisher Gebührensätze für das Sterbegebideteljahr vorgesehen. Die Versorgung der Hinterbliebenen schließt sich eng an die Versorgung der Beschädigten an. Eine wesentliche Neuerung bringt der Entwurf in den Vorschriften über die Hilfsbehandlung, auf die, ebenso wie auf alle anderen Leistungen aus dem Gesetz, ein rechtlicher Anspruch besteht. Sie soll grundsätzlich von den Krankenkassen durchgeführt

werden, zumal der größte Teil der Kriegsgeschädigten schon auf Grund der Reichsversicherungsgesetzgebung versichert ist. Neben den Opfern des Weltkrieges berücksichtigt der Entwurf auch die Angehörigen des neuen Heeres.

Der Befehlshaber des Wehrkreises-Kommandos Münster, General v. Watter, ist Dienstag vormittag in Berlin eingetroffen, um dem Reichswarminister seine dienstliche Meldung zu erstatten, nachdem sie in den letzten Tagen auch andere Generale der Reichswehr gemacht haben. General v. Watter bezog sich nach kurzer Unterredung mit Seiler in den Reichstag, wo er mehrere Mitglieder des Kabinetts und führende Parlamentarier sprach. Am späten Nachmittag fand eine längere Besprechung beim Reichspräsidenten Obert statt, an der sich auch Seiler beteiligte. Scharf umrissene Forderungen sind seitens des Generals von Watter nicht gestellt worden. Es handelt sich bei seinem Bericht um ein bloßes Referat.

Ausland.

Italien.

Staatskanzler Dr. Rainer und Ministerpräsident Nitti stellten in ihrer Besprechung in der politischen Lage die Übereinstimmung der Interessen Italiens und des neuen österreichischen Staates fest. Die italienische Regierung wünscht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln an dem Wiederaufbau der Nachbar-Republik mitzuarbeiten und die wirtschaftlichen Beziehungen wieder neu zu beleben. In diesem Zweck haben eine Reihe von Besprechungen zwischen den Ministern für öffentliche Arbeiten und den Handelsministern und Sachverständigen der beiden Länder stattgefunden. Aber die wichtigsten Punkte kam eine Einigung rasch zustande. Die italienische Regierung mißt dem Besuche des Staatskanzlers Rainer hohe moralische Bedeutung bei, da er den Beginn einer neuen Phase freundschaftlicher Beziehungen und guter Nachbarschaft mit dem österreichischen Volke bedeutet.

England.

Einer Reuter-Meldung zufolge erklärte Bonar Law im Unterhause auf die Frage, ob ein Protest an die deutsche Regierung bezüglich ihrer fortwährenden Verletzungen des Friedensvertrages gerichtet sei, das gerade eine Art von Fragen, die nicht gestellt werden dürfen. Die Antwort der Frage könnten nicht besprochen werden, ohne die Gesamtfrage zur Sprache zu bringen. Wenn diese Angelegenheit allein das britische Volk angehen würde, so würde die Regierung bereitwillig eine Debatte darüber annehmen. Es sei möglich, daß der Lauf der Ereignisse es wünschenswert machen werde, im Unterhause darüber zu debattieren. In diesem Falle würde die Regierung dazu vollkommen bereit sein. Er glaube, daß die Behauptung, daß Deutschland mehr als 2 Millionen Mann unter den Waffen habe, vollkommen unbegründet sei und hoffte, daß die Reichswehr und die Militärantruppen bald aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen würden. Lord Robert Cecil erklärte sein Bedauern aus, daß bezüglich der Situation der britischen Regierung in der Frage des Vorrückens der französischen Truppen die Presse früher unterrichtet worden sei als das Parlament. Bonar Law erwiderte hierauf: Zwei oder drei Tage lang stellte die Presse dem Lande nur eine Seite der Frage dar. Da das Parlament keine Sitzungen abhielt, wurde es für richtig gehalten, die Darlegung des britischen Standpunktes zu veröffentlichen. In Erwiderung einer Anfrage, ob die britische Regierung die Absicht habe, die zwischen ihr und der französischen Regierung gewechselten Noten zu veröffentlichen, antwortete Bonar Law, das hinge nicht allein von der britischen Regierung ab, sondern auch davon, ob die Bundesgenossen Englands mit der Veröffentlichung einverstanden seien. Bonar Law erklärte außerdem, ein öffentlicher Darlegung der Differenzen im Parlament könnte als eine Kritik an der Haltung der Bundesgenossen aufgefaßt werden und die Deutschen zu der Ansicht bringen, daß keine vollkommene Übereinstimmung zwischen den Alliierten bezüglich der Durchführung des Friedensvertrages bestehe.

ein deutsches Mädchen an diesem neuartigen Leben ... einem wilden, ruhelosen Hasen Gefallen finden sollte, dann ist mir nur schwer vorstellbar. Ich fürchte, Sie werden gar manchmal schmerzliche Sehnsucht nach der Heimat empfinden, Fräulein Brünig!

„Oh, warum wollen Sie mir Angst machen? Wenn es gar so unerträglich wäre, in der neuen Welt zu leben, würden doch auch Sie jetzt schwerlich dahin zurückkehren. Als einem Juristen mit glücklich bestandenen Examen würden Ihnen doch in Deutschland ebenso viele wechselläufige Bahnen offen stehen wie in Amerika.“

Hubert von Legow schwieg eine kleine Weile und blickte wie in tiefem Nachdenken oder in innerem Kampf auf die kleinen unruhigen Wellen hinab, die sich leise plätschernd an den Pfosten des Schiffes brachen. Dann löste er plötzlich die verschränkten Arme und richtete sich knacker auf.

„Werden Sie mir nicht zürnen, Fräulein Brünig, wenn ich es wage, eine kühne, eine sehr kühne Frage an Sie zu richten?“

„Das täme doch wohl ganz auf die Frage an, Herr von Legow,“ erwiderte sie, während das Lächeln von ihren Lippen verschwand. „Wenn Sie selbst sie für allzu kühn halten.“

„Nein, schrecken Sie mich nicht ab! Nehmen Sie mir nicht von vornherein den schwer erlängten Mut. Ich weiß wohl, daß unsere Bekanntschaft noch sehr kurz ist — nach gewöhnlichen Begriffen viel zu kurz, um zwei Menschen, die sich vorher nie gesehen, einander nahe zu bringen. Aber mit offenen Augen und einem empfänglichen Herzen gründet man sich während einer solchen achtstündigen Schiffsreise gegenseitig doch vielleicht besser als während eines zehnmahl längeren Verkehrs unter normalen Verhältnissen. Ich hatte nicht nur das Glück, vom ersten Tage an Ihr Tischgenosse zu sein, sondern Sie haben mich auch außerhalb dieser Tafelgemeinschaft so oft der Ehre Ihrer Unterhaltung gewürdigt, daß ich ein sehr schlechter Menschenkenner sein müßte, um noch immer nicht zu wissen, welche außerordentlichen Vorzüge des Geistes und des Herzens —“

Hatte sie ihm bis dahin mit sichtlich wachsender Unruhe schweigend zugehört, so hielt sie es nun doch für nötig, ihn zu unterbrechen. Und sie tat es mit einem schwachen Versuch, das Gespräch ins Scherzhafte zu ziehen.

„Ich weiß nicht, ob Sie ein guter oder schlechter Menschenkenner sind, Herr von Legow, aber ich sehe, daß Sie jedenfalls ein schlechtes Gedächtnis haben. Denn Sie würden sich sonst daran erinnern, daß ich einen unwiderstehlichen Abscheu habe vor allem, was nach Komplimenten und nach galanten Redensarten aussieht.“

„Ich will Ihnen keine Komplimente machen,“ erwiderte er im Tone schlichter Aufrichtigkeit. „Aber warum soll ich Ihnen nicht sagen dürfen, wie ich über Sie denke und was ich für Sie empfinde? Ich bin in meinem Leben schon vielen Frauen begegnet, aber noch keiner, die sich mit Ihnen hätte vergleichen können. Und darum ist es mir unerträglich, zu denken, daß unsere Wege sich übermorgen für immer trennen sollen. Ich erwarte nicht, daß Sie schon jetzt die Gefühle erwidern, die ich Ihnen entgegenbringe, und ich will Ihnen darum auch nicht mit feurigen Liebeserklärungen lästig fallen. Alles, was ich von Ihrer Großmut erbitte, ist die Erlaubnis, Sie auch künftig zuweilen sehen und sprechen zu dürfen, damit Sie Gelegenheit haben, mich näher kennen zu lernen und mich auf meine Würdigkeit zu prüfen, so lange und so gründlich Sie wollen.“

Hilde Brünig hatte sich mit einer raschen Bewegung aus ihrem Stuhl erhoben. Wieder waren ihre Wangen hoch gerötet, und in ihren Zügen war eine mädchenhafte Verlegenheit, die sie nur noch reizender machte.

„Was Sie da sagen, Herr von Legow, ist eine so große Überraschung für mich, daß ich wirklich nicht weiß, was ich Ihnen darauf antworten soll. Lassen Sie mir Zeit, darüber nachzudenken. Noch vor der Landung sollen Sie meine Antwort erhalten.“

„Ich werde mich selbstverständlich darin, wie in allem anderen Ihrem Willen fügen. Ein paar Minuten lang aber müssen Sie mir noch Geduld schenken, denn es ist meine Pflicht, in diesem entscheidenden Augenblick ganz aufrichtig gegen Sie zu sein. Ich habe Ihnen ein Geständ-

nis zu machen, Fräulein Brünig — ein Geständnis, das mir wahrlich nicht leicht wird, weil ich fürchten muß, daß es mich in Ihrer Achtung herabsetzt. Ich bin nicht das, wofür Sie mich bisher gehalten haben. Nicht die Praxis eines Rechtsanwalts ist es, die ich in Neuport ausübe, sondern ich stehe als Detektiv im Dienste der berühmten Pinkerton'schen Agentur.“

Alle Farbe war mit einemmal aus Hilde Brünigs Antlitz gewichen. Erschrocken und noch halb unglaublich ruhten ihre Augen auf seinem Gesicht.

„Das ist nicht wahr,“ sagte sie. „Sie wollen mich nur auf die Probe stellen. Es ist ja ganz unmöglich.“

„Nein, es ist die volle Wahrheit. Als mich vor einigen Jahren unglückliche Familienverhältnisse bestimmten, die Alte Welt mit der Neuen zu vertauschen, war es allerdings meine Absicht, mir in Neuport eine Existenz als Anwalt zu begründen. Aber ich hätte jahrelang darben und kämpfen müssen, um zum Ziele zu gelangen, und ich erkannte außerdem bald, daß ich es niemals bis zu der Strupplosigkeit bringen würde, über die ein gefuchter amerikanischer Rechtsanwalt verfügen muß. Gerade um jene Zeit machte in Neuport ein geheimnisvolles Verbrechen viel von sich reden. Eine junge Dame der ersten Gesellschaftskreise war mit vergiftetem Konfekt ermordet worden, und die Organe der Kriminalpolizei bemühten sich vergebens, den unbekannten Abfender der verhängnisvollen Süßigkeiten zu ermitteln. Das Problem reizte mich, denn die Kriminalistik war von jeher meine besondere Liebhaberei gewesen. Ich beschäftigte mich mit dem Fall, verfolgte auf eigene Hand gewisse Spuren, die bis dahin unbeachtet geblieben waren, und hatte die Genugtuung, innerhalb eines Zeitraums von kaum acht Tagen den Schuldigen zu ermitteln, auf den niemand außer mir einen Verdacht gehabt hatte. Die Sache erregte ungeheures Aufsehen, meine Person stand vorübergehend im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, und Mr. Pinkerton, der damals noch am Leben war, machte mir einen glänzenden Engagement.

(Fortsetzung folgt.)

Reuter erfährt, daß die englisch-französischen Beziehungen vom Rabinettstisch entfernt worden seien und daß die Lage merklich günstiger sei, als die Erklärung Bonar Law im Unterhause es anzudeuten schien. Es bestehe guter Grund zu der Hoffnung, daß die Solidarität des Bündnisses aufrecht erhalten werde und der unangenehme Zwischenfall so gut wie erledigt sei. Es werde erwartet, daß der französische Rückzug aus der neutralen Zone schnell auf die Räumung durch die deutschen Truppen, mit der, wie berichtet, bereits der Anfang gemacht worden sei, folgen werde. Es sei im übrigen schon am Donnerstag völlig klar gewesen, daß die Franzosen Grund gehabt hätten, über die Entsendung deutscher Truppen in das neutrale Gebiet besorgt zu sein. Es sei deshalb leicht zu begreifen, weshalb Frankreich nicht geneigt gewesen sei, die nötige Gegenbewegung zu verzögern. Die letzten Ereignisse hätten dazu gebient, der Militärpartei in Deutschland zu zeigen, daß ihr Handeln sorgfältig überwacht werde.

Notales.

Die Eheleute Adolf Debus und Frau Pauline Busse geb. Rosenkranz begehen heute das Fest der silbernen Hochzeit.

(Schöffengericht.) Ein hiesiger Gastwirt war laut Strafbefehl mit 1 Woche Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe bestraft, weil er Fleisch zur Weiterveräußerung ohne Fleischkarten angekauft hatte. Gegen diese Strafe erhob er Einspruch und beantragte gerichtliche Entscheidung. In Anbetracht seiner Verhältnisse wurde die Strafe auf 3 Tage Gefängnis und 200 Mark ermäßigt.

Zwei Einwohner von Bernbach und eine Witwe von Hirschhausen waren mit 1 Monat Gefängnis und 550 Mark, b 1 Monat Gefängnis und 1100 Mark, c 300 Mark bestraft worden, weil sie eine Kuh ohne Genehmigung des Kommunalverbandes veräußert und diese Kuh geschlachtet hatten. Sämtliche Beschuldigte erhoben Einspruch gegen die festgesetzten Strafen. Die Witwe wurde freigesprochen, weil sie glaubhaft versicherte, von den bestehenden Verordnungen keine Kenntnis gehabt zu haben. Die beiden anderen Beschuldigten hingegen wurden wegen Schwarzschlachtung zu 2 Wochen Gefängnis und 750 Mark bzw. zu 1 Monat Gefängnis und 1100 Mark verurteilt.

Ein hiesiger Einwohner, der wegen unerlaubten Handels mit Tabakwaren und Kettenhandels mit 500 Mark bestraft worden war und gegen diese Strafe Einspruch erhoben hatte, wurde heute wegen der ihm zur Last gelegten Vergehen mit 750 Mark bestraft.

Eine Frau aus Waldhausen hatte gelegentlich einer Hausdurchsicht im Herbst 1919 noch 53 Infanterie-Gewehrpatronen im Besitz, trotz dem sämtliches Heeresgut nach der Verordnung vom 28. Februar 19 abgeliert werden mußte. Sie war deshalb laut Strafbefehl mit 50 Mark bestraft worden.

Auf ihren erhobenen Einspruch hin wurde die Strafe auf 30 Mark ermäßigt. — Drei wegen Kohlenbetrugs angeklagte Einwohner von Hirschhausen wurden freigesprochen. — Drei junge Burschen von Weilmünster hatten nach ihrer Angabe Elemente an einem Wege gefunden und diese verkauft. Sie stehen wegen Diebstahls unter Anklage, da sich herausgestellt hatte, daß die Elemente aus einem dortigen Wirtse entwendet worden waren. Wegen ihrer Jugend und bisherigen guten Führung wurden sie nur mit je einem Verweise bestraft.

Ein Kaufmann aus Neustadt, der früher bei einer hiesigen Abwindungsstelle beschäftigt war, ist wegen Diebstahls einer Geldtasche mit ca. 600 Mk. angeklagt. Er hatte diese Tasche in einer hiesigen Wirtschaft von einem Tisch, auf den der Eigentümer sie gelegt hatte, fortgenommen und erst nach längerem Verzug wieder zurückgestellt. Wegen dieser Tat wurde er mit 6 Wochen Gefängnis bestraft.

Der Schulanfang nach Ostern will nicht sofort sehr süß schmecken, aber die Reize der neuen Klasse üben bald ihre Wirkung aus. Den kleinen A. B. C. Schülern strahlt die Welt in einem ganz neuen Licht, und der erste selb-

ständig auf die Schiefertafel gemalte Buchstaben stellt ihnen ihre Bedeutung als künftige Menschen handgreiflich dar. Darin ist alles was früher geblieben, aber sonst wird sich im Schulwesen manches ändern, es werden Einrichtungen sich bemerkbar machen, die nicht allen Eltern so ganz nach dem Herzen sind. Da müssen denn Schule und Haus mehr denn je in Einklang zusammenarbeiten. Die Bedeutung des Unterrichts mögen besonders auch die jungen Leute erfassen, die die Fortbildungsschulen besuchen, die sie tüchtig für das Leben machen. Sie tun dieser Schule keinen Gefallen, wenn sie zum Unterricht kommen, sondern nur sich selbst. Man tanzt auch heute nicht durchs Leben, sondern kann nur mit tüchtigen praktischen Kenntnissen und gesundem Allgemeinwissen etwas erreichen. Und des Wissens gibt es kein Ende, im Beruf bringt jeder Tag Neues.

Ein neue Gepäcksordnung ist im Eisenbahnverkehr in Kraft getreten. Sie enthält alle diejenigen Bestimmungen, die die Reisenden beachten müssen, um keine Schwierigkeiten bei der Annahme und Beförderung des Gepäcks zu haben. Zur Beförderung als Reisegepäck wird einheitlich festgesetzt, daß Stücke unter 5 Kilogramm Gewicht oder sehr kleine Stücke, Pappschachteln und Behälter, deren Deckel sich soweit öffnen läßt, daß der Inhalt greifbar wird, japanische Strohtaschen, sowie sämtliche Wintersportgeräte, auch Sport- und Robelgeschlitten im Fernverkehr von den Gepäcksbeförderungen zur Beförderung nicht mehr angenommen werden. Als Ausnahme gegen Verabreichung und Verschleppung von Gepäcksstücken wird bestimmt, daß für die Anhänger keine Güter- und Frachttarifzonenmittel verwendet werden, Reiseführer gut verschützt sein und die Schlösser nicht durch die Schlaufen gezogen und verschlossen sein müssen. Weiterhin wird bestimmt, daß jedes Stück eine Einheit darstellen muß. Gepäck mit aufgebundenen Gegenständen wird zurückgewiesen. Endlich sind noch die Reisenden verpflichtet, jederzeit die Stücke bei der Aufgabe zu öffnen u. nachzuweisen, daß die mitgeführten Gegenstände zum Reisebedarf gehören.

Bermittlertes.

Wehrheim, 15. April. Die seit Mittwoch nachmittag hier einquartierten Truppen sind heute früh 8 Uhr in der Richtung Homburg wieder abgerückt.

Hagenburg, 12. April. Bei Rorb stieg eine Reichswehrpatrouille auf Viehdiebe. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem mit Revolvern und Handgranaten geschossen wurde. Geworfen wurde. Die Diebe flohen unter Zurücklassung der gestohlenen Tiere. Verletzt wurde auf beiden Seiten niemand.

Aus dem Westerwald, 12. April. Von dem am 12. März über dem Westerwald beobachteten Meteor, das nach glänzendem Aufleuchten zersprang, wurde in einem Garten bei Riedelzungenheim in geringer Tiefe ein Meteorstein gefunden.

Müdesheim, 12. April. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr erfolgte auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise eine Explosion eines Teiles der im hiesigen Rathauskeller untergebrachten Munition- und Pulverstoffe der französischen Besatzungsabteilung. Ein französischer Soldat, der sich gerade in den Räumlichkeiten befand, wurde zerrissen. Im Rathaus spielten drei Kinder, die durch die austretenden Feuermassen erhebliche Brandwunden erlitten, sodas an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Der Sachschaden ist groß.

Frankfurt, 12. April. Die Franzosen haben seit heute früh die Tanks und Panzerautos, die seit der Befreiung der Stadt auf dem Bahnhofsplatz, im Vorgarten des Frankfurter Hofes usw. aufgestellt waren, zurückgezogen. — Im Laufe des Nachmittags durchzogen große Truppen französischer Soldaten die Straßen, um die Stadt zu besichtigen. — Von heute ab ist die Polizeistunde von 9 auf 10 Uhr abends festgesetzt worden.

Mainz, 12. April. Auf dem Rhein hat sich das Diebsunwesen auf vor Anker liegenden Schiffen zu einem reinen Platanzustand ausgewachsen. So wurden

dieser Tage zwei am Rorschand bei Nierstein ankernde Kohlenfahrer nachts von einer ganzen Rahnflottille regelrecht überfallen und ausgeraubt. Es wurden von den Schiffen 800 Zentner Kohlen und 100 Zentner Rost gestohlen. Von den Tätern konnten 15 festgenommen werden, ebenso acht Schiffe. Die gestohlenen Kohlen wurden zum Teil wieder beigebracht.

Letzte Nachrichten.

Frankfurt, 15. April, 8.10 B. Die hiesige französische Militärbehörde hatte zum Empfang der Belgier, die gestern nachmittag 5 Uhr hier ihren Einzug gehalten haben, ein großes Truppenaufgebot, hauptsächlich marokkanische Kolonialtruppen, herangezogen, die zu beiden Seiten der Einzugstraße Spalier bildeten. Die Frankfurter schenken wohl dem ungewohnten militärischen Schauspiel Aufmerksamkeit, verhielten sich aber im allgemeinen ruhig und durchaus würdig.

Berlin, 15. April, 7.50 B. Nach dem Haushaltsplan 1919/20 sind 7 1/2 Milliarden Mark für die Verbilligung der eingeführten Lebensmittel auszugeben worden und wird demnach ein Notetat eine höhere Summe fordern, daher ist die angekündigte Brotvermehrung unausbleiblich.

Berlin, 15. April, 7.55 B. In einer neuen Note an die Entente weist die deutsche Regierung noch einmal auf die katastrophalen Folgen der verlangten Auslieferung des Restes unserer Handelsflotte hin.

Berlin, 15. April, 8.20 B. Der britische Berichterstatter des „Daily News“ erklärte einem Mitarbeiter: Ich bin der Überzeugung, daß ein neuer Militärputsch die größte Gefahr für England herbeiführen und daß die britische Regierung diesen auf das Entschiedenste zurückweisen würde. Jede Möglichkeit, die dafür bestehen kann, daß Deutschland Hilfe durch Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen erhalten könne, wird durch irgendwelche Gewaltakte, von woher sie auch kommen mögen, zerstört. Die Erklärungen, welche ich in diesem Sinne am 19. März herausgegeben habe, sind von meiner Regierung genehmigt worden. Man braucht nur die militärischen englischen Zeitungen während des Rapp-Putschs gelesen zu haben, um zu wissen, daß jeder Versuch, ein reaktionäres Regime aufzurichten, von der öffentlichen englischen Meinung aufs Schärfste verurteilt werden würde.

Berlin, 15. April, 7.50 B. Voraussichtlich werden am 18. Juni 3 Wochen nach Pfingsten die Neuwahlen zum Reichstage stattfinden. Ein früherer Wahltermin dürfte technisch unmöglich sein. Die Koalitionsparteien sind entschlossen, die Wahlen so bald wie möglich stattfinden zu lassen.

Basel, 15. April, 8.15 B. Aus Paris wird gemeldet: Die in Kopenhagen tagenden Verhandlungen zwischen England und den Alliierten haben zu keinem Ergebnis führen können. Der russische Delegierte lehnte es ab, die Schulden des alten Regimes anzuerkennen.

Osag, 15. April, 7.55 B. Churchill ist in Paris eingetroffen. Er hatte hier Konferenzen mit dem französischen Kriegsminister, dem Maréchal Foch, Millerand und dem britischen Militärattaché. Foch unterbreitete Churchill alle Informationen über die deutschen Streitkräfte, sowie über die Art, in der Deutschland sein Friedensabkommen ausführe. Millerand wird morgen in Begleitung Fochs nach San Remo fahren. Foch wird sich auf der Konferenz nicht nur mit den militärischen Bestimmungen des künftigen Friedens, sondern auch mit den Maßnahmen zu beschäftigen haben, die zur Durchführung der deutschen Abwicklung getroffen werden sollen.

Für die erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Anna

herzlichen Dank.

Familie Ferdinand Fow, Weilburg.

Feldwirtschaft.

Die Größe der Saatkartoffel.

(Nachdruck verboten.)

Im vorigen Jahre wurde noch, um der Kartoffelknappheit zu begegnen, vielfach die Ausfaat kleiner und kleinerer Saatkartoffeln guthesprochen. Die Erfahrung aber lehrt, daß dieser Rat ein verfehlter war. Wissenschaftliche Anbauversuche haben gezeigt, daß die Größe der Saatkartoffeln in Beziehung zur Ernte steht, und daß es aus praktischen Gründen wohl nicht ratsam erscheint, allzu große und die größten Knollen als Saatgut zu verwenden, da die Ernte hierbei zur Ausfaat in keinem Verhältnis steht, aber doch die kleinsten Kartoffeln auch die kleinsten Erträge hergeben. Das rationellste ist ein Knollengewicht, das dem Durchschnitt entspricht und bei den einzelnen Sorten ganz verschieden sein kann und nach dieser Richtung aus der Masse herausgesehen ist. Bei dem großen Einfluß, den das Knollengewicht auf die Erntemenge ausübt, sollte unbedingt daran festgehalten werden, daß die Saatmenge pro Morgen groß genug gehalten wird, um normale Ernten erzielen zu können. Dazu gehören bei einer Pflanzweite von 50 x 60 Zentimeter mindestens 14 Zentimeter und bei einer solchen von 40 x 50 Zentimeter mindestens 15 Zentimeter. Wer weniger Saatgut verwendet, büßt diese Sparsamkeit mit einer entsprechenden Verringerung des Erntertrages. Bl. Kap.

Viehzucht.

Über den Wechsel des Geschlechts der Ferkel.

Die Untersuchungen über diese wichtige Frage haben zwar noch nicht volle Klarheit geschaffen, aber immerhin einige regelmäßige Erscheinungen erkennen lassen. So werden in frühen, gebirgigen Lagen wohl bei allen unteren Haustieren mehr männliche Tiere geboren als weibliche. Das ist für Gestrübe bei der Prüfung der Ferkelgattung wie auch für Schweineherden festgestellt. Es hat sich ferner gezeigt, daß der erste Wurf einer Mutterkuh die meisten männlichen Ferkel enthält, und daß die späteren

wurde im Verhältnis mehr weibliche Ferkel enthalten, bis der fünfte Wurf je die Hälfte männliche und weibliche Ferkel enthält. Auch sollen starke Würfe immer mehr männliche als weibliche Ferkel enthalten. Prof. Frölich macht übrigens die interessante Angabe, daß Sauen, welche in den warmen Monaten gedeckt werden, mehr männliche Ferkel im Wurf liefern, während bei winterlichem Decktermin etwas weniger männliche Ferkel geboren werden.

Verwendung von Husflattich als Schweinefutter.

Im Siegener- und Sauerland ist in der Kriegszeit der Pestizid-Husflattich (Pestis officinalis) in großem Umfang als Schweinefutter verwendet worden. Die Pflanze erscheint als eine der ersten im Frühjahr und ist an den Rändern von Bewässerungsgräben und Wasserläufen sowie auf Weiden als sich stark vermehrendes Unkraut zu finden. Zur Herstellung des Schweinefutters werden die Blätter und die Blütenstängel des Husflattichs geschnitten und gekocht. Ueber das Ergebnis der Fütterung des Husflattichs wird berichtet, daß die damit gefütterten Schweine auch ohne wesentliche Beifütterung von Wehl und Kleie in einen guten Mastzustand gebracht werden konnten, weil der Husflattich ein äußerst nährstoffreiches Futter darstellt.

Blumenzucht im Zimmer.

Alpenveilchen.

Die Anzucht dieser beliebten Zimmerpflanze durch Ausfaat ist für den Liebhaber nicht zu empfehlen; sie ist so schwierig, daß sie selbst einem tüchtigen Gärtner, dem alle Hilfsmittel zu Gebote stehen, nicht immer gelingt. Die Alpenveilchen gehören zu den Zimmerpflanzen, bei denen es dem Liebhaber nicht immer glückt, alljährlich zahlreiche Blüten zu erzielen. Der schwierigen Anzucht wegen ist es ratsam, gut vorgebildete Pflanzen zu kaufen. Gewöhnlich kauft man sie im Herbst vor Beginn der Blüte oder in voller Blüte. Mehr Freude aber wird man an den Blumen haben, wenn man im Sommer bereits die halbenentwickelten Pflanzen erwirbt. Im Herbst sind sie recht empfindlich, und der Standortwechsel hat häufig

ein Abfaulen der Blütenstängel zur Folge, besonders, wenn das gekaufte Exemplar in das geheizte Zimmer gebracht und noch reichlich begossen wird. Alpenveilchen sollen kühl stehen und wenig Wasser haben. Beim Gießen ist größte Vorsicht geboten, damit kein Wasser auf die schneckenförmige Knolle kommt, welches leicht ein Faulen und Eingehen der ganzen Pflanze bewirkt. Die beste Temperatur liegt bei 8-10 Grad Reaumur, insbesondere dann, wenn die Blütenknospen noch nicht oder nur teilweise vorgebildet sind. Sobald das Alpenveilchen zu-

wachsen beginnt, verträgt es höhere Temperatur besser, aber die Blüte geht dann schnell vorüber. Nach der Blüte gießt man immer weniger und hält endlich die Knolle bis gegen Ende Juni ziemlich trocken. Ganz trocken darf die Knolle nicht werden, weil sie sonst eintrocknet. Ende Juni verpflanzt man sie in frische, kräftige mit Sand untermengte Erde. Nach einiger Zeit zeigt sich neuer Trieb. Im Knospen zu erzielen, muß mäßig, aber regelmäßig gegossen und häufig gesprüht werden. Is.

Gemeinnütziges.

Holztohle.

darf auf keinem Geflügelhof fehlen. Selbige hat nämlich die wunderbare Eigenschaft, die Verdauung zu regeln und zu fördern und zugleich das ganze Körpersystem zu reinigen. Darum sollte stets ein Kasten mit zerstoßener Holztohle dem Geflügel zur beliebigen Aufnahme zur Verfügung gestellt werden. Der Gesundheitszustand des ganzen Bestandes wird dadurch nur vorteilhaft beeinflusst. Sch.

Unkrautjäten aller Art.

wie z. B. Kletten- und Distelfarnen, kann mit bestem Erfolg an Hühner verfüttert werden. Es ist jedoch notwendig, daß diese Samen vor der Verabreichung in heißem Wasser aufgetrieben bzw. gekocht werden. Auf diese Weise verlieren sie ihre Keimfähigkeit und sind auch leichter verdaulich.

